

V0738/23

Maßnahmen zur Gewinnung von pädagogischem Personal in Kindertageseinrichtungen - Zwischenbericht zum aktuellen Stand in den Kindertageseinrichtungen und in der städtischen Mittagsbetreuung an Grundschulen in Ingolstadt (Referent: Herr Engert)

Antrag:

Der Zwischenbericht zum aktuellen Stand in den Kindertageseinrichtungen und in der städtischen Mittagsbetreuung an Grundschulen wird zur Kenntnis genommen.

Jugendhilfeausschuss	26.09.2023	Bekanntgabe
Ausschuss für Kultur und Bildung	04.10.2023	Bekanntgabe
Stadtrat	17.10.2023	Bekanntgabe

Jugendhilfeausschuss vom 26.09.2023

Herr Engert erläutert eingangs, dass die Sitzungsvorlage bereits am 09.08.2023 erstellt worden sei und sich die Situation in der Zwischenzeit verbessert habe.

Er informiert deshalb, dass sich die Zahl der als unversorgt gemeldeten Kinder auf Seite drei der Beschlussvorlage von 77 Kindern (Stand 07.08.2023) auf nur noch 24 Kinder (davon 6 U3-Kinder und 18 Ü3-Kinder) verringert habe. Ab Oktober werde man zudem in Mailing den Kindergarten Blumenviertel eröffnen, in dem man eine Kindergarten- und eine Krippengruppe unterbringen werde.

Er weist außerdem darauf hin, dass sich die Situation auch im Bereich der Mittagsbetreuung nochmal verbessert habe. Die Zahl der betreuten Kinder auf Seite sieben der Beschlussvorlage sei von 757 Kindern auf 798 Kinder gestiegen, auf der Warteliste sei die Anzahl von 156 Kindern auf 85 Kinder gesunken. In der Tabelle seien auch nur die Grundschulstandorte aufgelistet worden, in denen man Probleme habe. Es gäbe mehr Grundschul- und Betreuungsstandorte, die aber unproblematisch seien, weil man dort alle Kinder aufnehmen habe können. Er führt weiter aus, dass man bei der nachschulischen Betreuung in manchen Grundschulstandorten räumlich an absolute Grenzen käme. Es sei deshalb nicht nur eine personelle Frage, da man in den betroffenen Schulen erst mehr Kinder aufnehmen könne, wenn die Baumaßnahmen greifen.

Herr Engert weist abschließend noch auf einen Additionsfehler in der ersten Tabelle auf Seite vier der Beschlussvorlage hin. Richtigerweise erhalte man eine Gesamtzahl von 34 fehlenden Ergänzungskräften (städt. Kitas: 12 und freie Träger: 22).

Frau Stadträtin Mader erfreut, dass viele Maßnahmen von Seiten des Amtes gegriffen haben. Sie fragt nach, ob man die Kindergarten- und Kinderkrippengruppe in Mailing im Oktober eröffnen werde.

Frau Schmid gibt an, dass die Krippengruppe im Oktober eröffnet werde und die Kindergartengruppe ab November.

Frau Stadträtin Mader interessiert, ob die Planungen, dass ukrainische Kinder in Mailing betreut werden können, noch aktuell seien.

Frau Schmid weist darauf hin, dass man sich im nächsten Tagesordnungspunkt mit den Einstiegsgruppen beschäftige und dass man diese nicht weiterverfolgen werde. Sie führt

weiter aus, dass man ukrainische Kinder nicht gesondert führe und deshalb auch keine genaue Aussage über die Anzahl treffen könne.

Herr Engert fügt ergänzend hinzu, dass er es für die Integration von zugewanderten Kindern als sehr wichtig erachte, dass diese Kinder in keinen gesonderten Gruppen betreut werden. Im Hinblick auf die Mittagsbetreuung betont er, dass es ihm immer ein wichtiges Anliegen gewesen sei, eine bedarfsdeckende Betreuung an den Grundschulstandorten anbieten zu können, was man über viele Jahre auch geschafft habe. Die steigende Anzahl an Kindern, die in den Standorten betreut werden sollen, führe aber dazu, dass man aktuell an die räumlichen Grenzen käme. Deshalb könne man, bis die Baumaßnahmen abgeschlossen seien, in den betroffenen Standorten im Moment nicht mehr Kinder betreuen.

Herr Stadtrat Niedermeier fragt sich, wie er sich einen Nachweis über den Betreuungsbedarf (Seite 7 Abschnitt 2 der Beschlussvorlage) vorstellen könne.

Frau Schmid erklärt, dass man erstmalig bei den Eltern abgefragt habe, ob sie berufstätig/alleinerziehend seien, um eine priorisierte Platzvergabe an den Grundschulstandorten, an denen es zu Engpässen kam, zu ermöglichen.

Herr Engert betont, dass dieses Verfahren notwendig gewesen sei, um sicherzustellen, dass die Personen, die dringend darauf angewiesen sind, einen Betreuungsplatz erhalten.

Frau Stadträtin Segerer interessiert sich, wie sich ein möglicher Wegfall der seit 2020 angebotenen Bufdi-Stellen auswirken würde. Außerdem würde sie gerne wissen, wie lange das beschleunigte Einstellungsverfahren dauere bzw. wie lange es vorher gedauert habe. Weiter fragt sie sich, ob die zentrale Ansprechstelle für Aus- und Weiterbildungen nur für die städt. Einrichtungen oder auch für die der freien Träger sei.

Frau Schmid führt hierzu aus, dass die zentrale Ansprechstelle eine geplante Maßnahme sei, an deren Umsetzung man aktuell noch arbeite. Man möchte für die Landingpage, die auch die Stellenangebote der freien Träger sowie die verschiedenen Einstiegsmöglichkeiten beinhaltet, eine Ansprechpartnerin für die zentralen Fragen benennen. Bezüglich der Anfrage zum Bewerbungsverfahren erklärt sie, dass der Prozess vorher umständlicher gewesen sei, da vor der Einstellung verschiedene Gespräche geführt werden mussten. Durch engagierte Mitarbeiterinnen im Sachgebiet konnte man das Bewerberverfahren nun stark beschleunigen, in dem man die einzelnen Gespräche zu einem gemeinsamen zusammengefasst habe. Frau Schmid informiert weiter, dass man grundsätzlich in jedem Cluster die Möglichkeit habe, einen Bufdi aufzunehmen. Im letzten Jahr sei in vielen Einrichtungen ein Bufdi tätig gewesen, die genauen aktuellen Zahlen müsse man nachschauen. Sie hoffe aber, dass die bereits bestehenden Bufdi-Stellen von den geplanten Kürzungen nicht betroffen seien.

Herr Stadtrat Werner dankt der Verwaltung für die herausragende Leistung. Gleichzeitig möchte er aber darauf hinweisen, dass sich diese Entwicklung bei den freien Trägern noch nicht gleichermaßen durchgezogen habe. Er bittet deshalb darum, bei den zahlreichen Maßnahmen nicht nachzulassen, da dadurch auch eine Verbesserung der Situation bei den freien Trägern erreicht werden könne.

Frau Schmid bekräftigt die Worte von Herrn Stadtrat Werner. Man sehe das von Seiten der Verwaltung ganz genauso und halte es für absolut wichtig, die freien Träger zu unterstützen. Sie betont, dass man sich zwar über die aktuellen Zahlen in den städt. Einrichtungen freue, dies aber kein Grund sei, die Maßnahmen fallen zu lassen, da noch keine völlige Entspannung gegeben sei.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.